

Korruption in der Politik – ein beharrliches, aber beherrschbares Phänomen?

Ein Interview mit Dr. Michael Koß

Welche Ausprägungen und Ausformen von politischer Korruption kennen wir in Deutschland und den Ländern der EU? Welche „Grauzonen“ gibt es und was gilt es, in Hinblick auf Parteienfinanzierung, Lobbyismus oder auch die Nebentätigkeiten von Politiker*innen zu verändern? Diese Fragen beantwortet Dr. Michael Koß, Politikwissenschaftler an der Ludwig-Maximilians-Universität München, im schriftlichen Interview. Außerdem geht er näher auf die Rolle der (organisierten) Zivilgesellschaft bei der Prävention und Bekämpfung von politischer Korruption ein und benennt effektive Strategien, um gegen die vorherrschenden Formen von Korruption in der Politik vorzugehen.



In welchen – länderübergreifenden - Kategorien, Ausprägungen und Praktiken manifestiert sich Korruption in der Politik?

Ganz allgemein gesprochen kann von politischer Korruption immer dann die Rede sein, wenn Inhaber politischer Ämter oder Mandate illegal Zuwendungen annehmen mit dem Ziel, einen Vorteil zu erhalten oder Kosten zu vermeiden. Das Erfordernis der Illegalität eröffnet einen gewissen Spielraum für „graue“ Korruption. Zweifelsohne als politische Korruption zu bezeichnen sind in erster Linie sogenannte kickbacks, d.h. Zahlungen als Gegenleistungen für einen politischen Vorteil. Das klassische Beispiel wäre die Vor- oder Gegenleistung für öffentliche Aufträge. Deswegen sind immer wieder die Bau- und die Rüstungsindustrie in politische Korruption verwickelt, denn sie hängen maßgeblich von öffentlichen Aufträgen ab. Dabei müssen nicht immer die vielbeschworenen Geldkoffer zum Einsatz kommen, häufig handelt es sich auch um indirekte Zuwendungen wie geldwerte Leistungen, insbesondere im Wahlkampf, z.B. die Abstellung von Personal, Infrastruktur wie Büros, einer Wagenflotte etc. pp. Ein zweiter großer Bereich der politischen Korruption ist die ungesetzliche Nutzung staatlicher Infrastruktur durch politische Akteure für ihre Zwecke, insbesondere zur Erlangung von Vorteilen im Wahlkampf oder mit dem Ziel, Gefälligkeiten zu erlangen.

Welche Ausformungen von politischer Korruption kennen wir in den Ländern der EU und in Deutschland?

Alle oben genannten. Was sich geändert hat, ist allein die Intensität, zumindest auf der nationalen Ebene. Kickbacks aus der Bauindustrie etwa waren bis in die 1980er Jahre die Haupteinkommensquelle französischer Parteien. In den 1950er und 1960er Jahren haben sogenannte „Staatsbürgerliche Vereinigungen“ in Deutschland Unternehmensspenden an Parteien verschleiert und dank ihres Status als eingetragene Vereine zusätzlich steuerlich absetzbar gemacht. In Westeuropa scheint solche systemische Korruption mittler-

weile der Vergangenheit anzugehören, aber z.B. in Rumänien gehen zu Beginn des Jahres 2017 Hunderttausende regelmäßig auf die Straße, um solche Praktiken einzuschränken. Und bis jetzt habe ich nur über die nationale Ebene gesprochen. In Deutschland hat aber zuletzt das Regensburger Beispiel gezeigt, dass auf der lokalen Ebene strukturelle Korruption noch immer vorhanden ist: Offensichtlich hat ein Regensburger Bauunternehmer über Jahrzehnte kickbacks an den Bürgermeister bezahlt. Der 2008 gewählte SPD-Bürgermeister scheint einfach die finanzielle Verflechtung seines CSU-Amtsvorgängers mit der Bauindustrie übernommen und verfeinert zu haben.

Welche „Grauzonen“ müssen in Ihren Augen transparent gemacht und reguliert werden?

Zwei Bereiche sind besonders sensibel: Erstens die Grenzen zwischen „Politik“ und „Wirtschaft“ sollten klar gezogen sein. Niemand sollte den Anschein erwecken, Politik als Fortsetzung der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit zu begreifen oder umgekehrt nur aufgrund bester politischer Beziehungen wirtschaftlich konkurrenzfähig zu sein. Zweitens der Bereich des Lobbyismus: es ist ohne Zweifel unabdingbar, dass auch wirtschaftliche Interessen im Prozess der Gesetzgebung angehört werden. Genauso unabdingbar sollte es allerdings auch sein, dass interessierte Wähler oder Medienvertreter sich ein realistisches Bild machen können, wer wann wie auf ein Gesetzesprojekt eingewirkt hat.

Was sind die effektivsten Strategien, die ‚best practices‘, um gegen die vorherrschenden Formen von Korruption in der Politik vorzugehen?

Sich nicht beirren zu lassen. Die Bekämpfung von politischer Korruption braucht viel Zeit, denn kurzfristig ist immer der Korrupte im Vorteil. Ein international und im Zeitverlauf vergleichender Blick zeigt aber, dass sich langfristig in aller Regel die Regulierung durchsetzt, denn sie ist auch für Politiker die bessere Lösung – sofern diese sich sicher sein können, dass ihre Konkurrenten sich auch an die Spielregeln halten. Wichtig dabei sind eine vitale Zivilgesellschaft und eine unabhängige Justiz. Erstere muss immer wieder auf Fehlverhalten hinweisen, letztere in der Lage sein, dieses zu ahnden. Niemand lässt sich von Regeln abschrecken.

Im Hinblick auf Parteienfinanzierung, Lobbyismus oder auch die Nebentätigkeiten von Politiker*innen gibt es immer wieder Kritik – welche Ziele und Regeln müssten aufgestellt werden, um diese Grauzonen auszuleuchten?

Da wären zunächst Karenzzeiten für ehemalige Amtsinhaber. Wenn der Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft nahtlos möglich ist, dann werden die Kanäle für die „politische Landschaftspflege“ (wie die intransparente Verflechtung in Deutschland euphemistisch bezeichnet wurde) offen gehalten. Auch ist über eine Obergrenze für Parteispenden nachzudenken. Ab einer gewissen Höhe ist es für mich einfach schwer nachvollziehbar, dass jemand spendet, ohne eine Gegenleistung zu erwarten. Schließlich sind häufig die Obergrenzen für die namentliche Nennung von Spendern in den Rechenschaftsberichten viel zu hoch. Obergrenzen von 10.000 Euro und mehr sind letztlich eine Einladung zum Fehlverhalten, beispielsweise durch Stückelung von Spenden. Und dann wäre da noch das Sponsoring, für das noch gar kein Rechtsrahmen besteht. Einnahmen aus Sponsoring müssen Einnahmen durch Spenden gleichgestellt werden, d.h. in einem gesonderten Abschnitt der Rechenschaftsberichte mit namentlicher Nennung der Sponsoren von nichttrivialen Beträgen ausgewiesen werden. Abschließend sei auf den legislativen Fußabdruck verwiesen, also die Verpflichtung, die Genese eines Gesetzesprojekts lückenlos zu dokumentieren, und zwar auch von Seiten der Lobbyisten, die nur dann Zugang zu politischen Akteuren erhalten, wenn sie dazu bereit sind.

Welche Rolle spielte die (organisierte) Zivilgesellschaft bei der Prävention und Bekämpfung von politischer Korruption? Können Sie ein Beispiel nennen?

Viel ist schon erreicht, wenn Staaten ihrerseits die Initiative ergreifen und ein Monitoring-Regime etablieren. Die Group of States against Corruption (GRECO) des Europarates ist in dieser Hinsicht eine sehr begrüßenswerte Initiative. Durch die regelmäßigen Evaluationen der Greco-Teams wurde international und im Zeitverlauf vergleichbar gemacht, wo die Länder des Europarats bei der Bekämpfung politischer Korruption stehen, und zwar sowohl im Hinblick auf die formalen Regeln als auch deren faktische Umsetzung. Natürlich kann eine solche Initiative immer nur ein erster Schritt sein. Wenn es keine zivilgesellschaftlichen Akteure gibt, die den Ball aufnehmen und Druck gegenüber politischen Entscheidungsträgern aufbauen, nutzt die schönste Argumentationshilfe nichts. Reine Unmutsäußerungen können von Politikern oftmals ausgesessen werden. Viel hilfreicher ist eine stetige und maßvolle Organisation wie Transparency International (TI). TI ist eine globale Nichtregierungsorganisation, die vor Ort aber in nationalen, regionalen und oft auch themenspezifischen Untergliederungen auftritt. Dies hat mehrere Vorteile: Zum einen kann TI so auf die jeweiligen Problemkonstellationen spezifisch reagieren. Zum anderen besteht die Möglichkeit, eine dauerhafte Beziehung zu politischen Akteuren aufzubauen. Nur in diesem Fall ist es überhaupt möglich, Politiker vom langfristigen Nutzen mancher Präventionsmaßnahme zu überzeugen. Ein Beispiel wäre das Parteisponsoring in Deutschland, das trotz vergangener Skandale bis heute nicht reguliert worden ist. Im Zuge eines weiteren Skandals haben die Sozialdemokraten jetzt einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der sowohl eine Regulierung des Sponsorings als auch einen legislativen Fußabdruck vorsieht. Man müsste schon ein hoffnungsloser Optimist sein, um zu glauben, dass alle anderen Parteien den Entwurf so verabschiedet werden. Aber er ist jetzt auf dem Tisch und TI-Deutschland, das sich schon lange dafür eingesetzt hatte, hat einen weiteren Hebel, die Parteien zu ermahnen. Es ist einfach ein Geduldsspiel.

Dr. Michael Koß

Dr. Michael Koß hat Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaft in Göttingen, Besançon und Uppsala studiert. Seit April 2013 ist Dr. Michael Koß am Geschwister Scholl Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München tätig und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit politischen Parteien und Parlamenten.

© Europäische Akademie Berlin e.V., 2017
Der Artikel gibt die Auffassung des Autors wieder.

Kontakt

Europäische Akademie Berlin e.V.
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
+49 30 8959510
eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu